

Berlin, 01.02.2011

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin Merkel,
Sehr geehrte Frau Bundesfamilienministerin Schröder,

die „Extremismuserklärung“, die das BMFSFJ derzeit allen Trägern im Rahmen des Programms „Toleranz fördern - Kompetenz stärken“ abverlangt, stellt all diejenigen unter Generalverdacht, die sich täglich für praktizierte Demokratie und gegen Rechtsextremismus engagieren.

In der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus sind Misstrauen und Bespitzelungsaufforderungen gegenüber denjenigen, die demokratische Werte und Prinzipien vor Ort verteidigen, Demokratie schädigend und kontraproduktiv. Des Weiteren wird eine effektive Unterstützung der von Rassismus Betroffenen erschwert bzw. verhindert, da beispielsweise Opfer von anti-muslimischem Rassismus in Zukunft befürchten müssen von Beratungsstellen unter den Verdacht des „Islamismus“ gestellt zu werden.

Wir fordern Sie daher auf, die Absätze 2 und 3 der so genannten „Demokratieerklärung“ in den Zuwendungsbescheiden ersatzlos zu streichen.

Mit freundlichen Grüßen

Migrationsrat Berlin Brandenburg e.V.